

tor“) hatte sich früher sogar über vier Monate hingezogen.

1932/33 etwa, bei dem in seinen Ausmaßen mit heute vergleichbaren Machtwechsel von Herbert Hoover zu Franklin D. Roosevelt, blieb der Verlierer noch bis zum 4. März im Amt. Die Wirtschaftslage verschlechterte sich zusehends, weil sich die beiden Rivalen nicht auf gemeinsame Maßnahmen einigen konnten. Erst nach seiner Vereidigung konnte Präsident Roosevelt die Schließung aller Banken anordnen — und damit sein Gesundheitsprogramm für die US-Wirtschaft einleiten.

Ein Verfassungszusatz, den Amerikas Volksvertreter aufgrund ähnlich bitterer Erfahrungen bereits vor Roosevelts Wahl eingebracht hatten, wurde von den Bundesstaaten erst so spät ratifiziert, daß Roosevelt davon nicht mehr profitieren konnte. Seither aber ist die lähmende Übergangsperiode durch das 20. Amendment auf die Zeit vom Wahltag (dem ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November) bis zum 20. Januar des folgenden Jahres begrenzt.

Auch die Details des Übergangs sind inzwischen genau geregelt: Reagans Mannschaft hat aus Steuermitteln zwei Millionen Dollar erhalten, um ihren Betrieb in der Washingtoner M Street zu finanzieren. Eine weitere Million steht bereit für die Reisekosten der Reagan-Leute sowie die Abreise von rund 2500 hohen und höchsten Regierungsmitarbeitern, die wie Carter ihren Posten verlieren.

Dem Sieger Reagan steht für seine Reisen eine Militärmaschine zur Verfügung, die ihn in dieser Woche auch nach Washington bringen wird. Das Präsidenten-Flugzeug Air Force One allerdings fliegt bis zum 20. Januar noch ausschließlich für Jimmy Carter.

In der Hauptstadt wird Reagan auch vom Geheimdienst CIA über die Lage in der Welt ins Bild gesetzt werden. Denn Staatsgeheimnisse sind seit dem Wahltag nicht mehr das Privileg Carters und seiner „lame duck“-Administration.

Carters Mitarbeiter haben andererseits die traurige Pflicht, an ihrem eigenen Grabe mitzuschaukeln. Zum Testamentsvollstrecker in Washington bestimmte der scheidende Präsident denselben Mann, der vor vier Jahren Carters Einzug in Washington mit Gerald Fords lahmen Enten aushandelte: seinen Stabschef Jack Watson, 44, der von vielen Frauen als „schönster Mann im Weißen Haus“ bewundert wird.

Die Zusammenarbeit zwischen den Geschlagenen und den Siegern verläuft bislang reibungslos. Jimmy Carter hatte schließlich noch in der Nacht seiner Wahlniederlage verkündet, er wolle für die „beste Übergabe der Geschichte“ sorgen.

Wenigstens ein Weltrekord.

Der Papst läßt grüßen

SPIEGEL-Mitarbeiter Timothy Garton-Ash über das Warschauer Urteil

Noch ist Polen nicht verloren“ — lächelnd, die Augen halb geschlossen wie im Traum, stimmt Lech Walesa das alte Lied wieder an. Durch das Fenster des schon legendären „Solidarität“-Autobusses singt er, vor dem finsternen Gebäude des Obersten Gerichts, zu einer jubelnden Menschenmenge. Nur die Polizisten geben sich erkennbare Mühe, nicht mitzusingen. Und die Journalisten. Sie wissen vielleicht am besten, wie kritisch die Lage an diesem 10. November war.

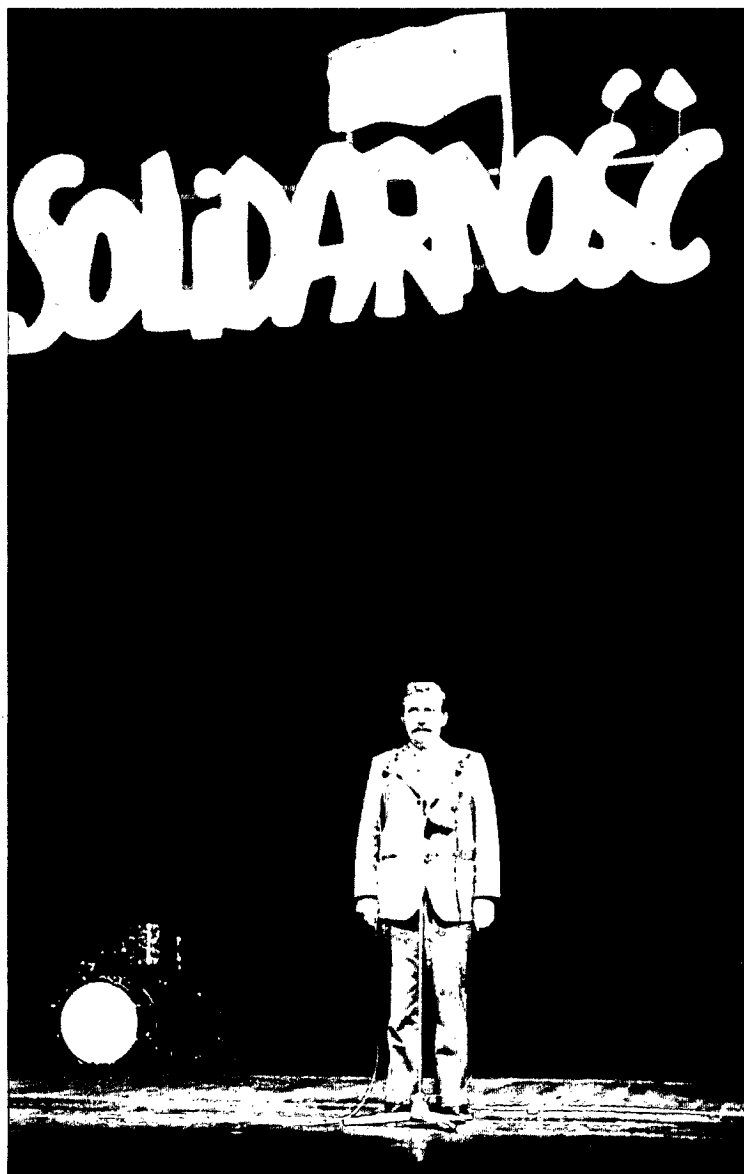
„Wir haben alles, was wir wollten“, sagt Walesa. Dann fahren sie in Richtung Altstadt, um den Segen des greisen Kardinals Wyszynski zu erhalten, der erst am Samstag aus Rom heimgekehrt ist. Der Papst, berichtet er, besitzt jetzt einen großen Photoband von

der Danziger Werftbesetzung, mit den berühmten Papstphotos am Werfttor. Johannes Paul II. läßt grüßen — Solidarität.

Gesegnet fährt man zur „Nowotko“-Fabrik, zur wie immer ziemlich chaotischen „Solidarität“-Pressekonferenz. Vor Journalisten im Gebäude des Ministerrats, auf einer Pressekonferenz der Regierung, gibt sich der Sprecher zufrieden: „Die Spannung im Zusammenhang mit der Frage der Registrierung“ sei „überwunden“. Immer noch die alte bürokratisch-euphemistische Sprache.

Im Klartext heißt das: Beide Seiten haben nachgegeben. Walesa: „Keiner hat verloren. Es ist kein ‚Sieg‘.“

Siegesstimmung gibt es aber doch abends im grandiosen „Teatr Wielki“;



Arbeiterführer Walesa: „Wir haben alles, was wir wollten“

ein riesiges „Solidarność“-Symbol schwebt über der größten staatlichen Bühne Warschaus, wie ein Kruzifix über dem Altar. Gedichte von Czesław Miłosz, dem Nobelpreisträger im Exil, und von Zbigniew Herbert (Wohnort: West-Berlin) werden vorgetragen — undenkbar noch vor einem Monat.

Während der Pause mischen sich salopp gekleidete Noblesse und Arbeiter in Sonntagsanzug und Krawatte. Am Ende, nach einem Programm mit zum Teil sehr gewagter Satire, wieder Walesa. Allein steht er auf der Bühne, stimmt die Nationalhymne an.

Was wird hier so urpolnisch theatralisch gefeiert? Das Oberste Gericht hat die „Solidarität“ mit ihrer ursprünglichen Satzung registriert. Nur in einem Anhang werden die ersten Paragraphen des Danziger Abkommens vom 31. August zitiert; nur dort wird die „führende Rolle der Partei“ anerkannt, und das, wohlbemerkt, nur „im Staat“.

Damit gibt der Vorsitzende Richter Witold Formanski — er ist, man staune, kein Parteimitglied — der „Solidarität“ recht, kassiert den Spruch seiner Kollegen der Ersten Instanz, die den Primat der Partei eigenmächtig in die Satzung hineingeschrieben hatten. Gibt es denn doch noch unabhängige Richter im sozialistischen Staat?

Merkwürdig allerdings, daß der Nationale Vorstand des Gewerkschaftsverbandes am Nachmittag vor dem Urteil über genau diesen Kompromiß debattiert und abgestimmt hat. Woher mochten die Gewerkschafter nur gewußt haben, was das Hohe Gericht am nächsten Morgen sagen würde?

Eine einzige Erklärung drängt sich auf — und bestätigt sich später: Es gab geheime Verhandlungen mit der Partei- und Staatsführung. Sehr hohe Stellen haben an die Vernunft und Heimatliebe einst militanter Arbeiterführer wie Andrzej Gwiazda appelliert, und am Ende stimmten dann nur noch sieben Gewerkschaftsdelegierte gegen den Kompromiß. Aber am gleichen Tag berichtet das Fernsehen vier Minuten lang über gemeinsame polnisch-sowjetische Manöver. Panzer, Raketen, ein Kommentator schwärmt von „erhöhter Gefechtsbereitschaft“.

Und auch am Montagvormittag sieht es noch so aus, als fahre die Parteiführung unverändert auf Konfrontationskurs. In Tschenstochau verhängt der Provinzgouverneur den Notstand, „Solidarität“-Plakate werden niedergerissen, Schreibmaschinen beschlagnahmt, Telephonapparate entfernt, Gewerkschaftsführer mit Verhaftung bedroht.

Wie reimt sich das alles zusammen? Ganz einfach, sagt KOR-Sprecher Jacek Kuron: Nervenkrieg gegen die Gewerkschaften. Mit anderen Worten: Die Parteiführung versucht es mit Zuckerbrot und Peitsche und hofft, daß die Peitsche auch Moskaus Gefallen findet.

Klar wurde jedenfalls vorige Woche, daß die Partei nicht mit einer Stimme spricht, daß die Differenzen bis ins Politbüro gehen.

Für einen härteren Kurs plädieren offenbar die „kommenden“ Männer Stefan Olszowski und Tadeusz Grabski. Hinter ihnen stehen die Alten, die sich zurücksehnen nach den schlechten alten Zeiten, in denen Probleme morgens um sechs durch ein Klopfen an der Tür „geregelt“ wurden.

Sie wiederum sind getragen von einem fetten, zum Teil unfähigen und verfilzten Apparat, der gar nicht weiß, wie er mit den neuen Verhältnissen fertig werden soll, ohne seine Privilegien zu verlieren. Es ist wie in einer Ehe. Da hat man über 30 Jahre lang mit ein



Vorsitzender Richter Formanski
Nicht in der Partei

und demselben Partner zu tun gehabt. Und dann erscheint plötzlich etwas völlig Neues, Schöneres. Wie packt man das an?

Aber nicht alle Mächtigen in Partei und Staat sind gegenüber der „Solidarität“ so wütend impotent. Der Danziger Parteisekretär Tadeusz Fiszbach weiß mit ihnen umzugehen. Auch Vizepremier Jagielski, der Verhandlungsführer auf der Lenin-Werft, genießt ein gewisses Vertrauen. Und in Krakau hat der Parteisekretär sogar gemeinsam mit „Solidarität“-Mitgliedern am 11. November einen Kranz niedergelegt.

Die Reformatoren hoffen auf einen baldigen 9. Parteitag. Je lauter man sich dafür stark macht, sagt mir ein Parteikenner, desto „reformatorischer“ ist man. Und dafür ausgesprochen habe sich auch Parteichef Kania. Ohne sein persönliches Engagement für den Kompromiß wäre es möglicherweise doch zu blutiger Konfrontation gekommen.

Doch nicht nur die Parteiführung tanzt auf dem Vulkan, auch die Gewerkschaftsführer haben ihre Probleme mit der Demokratie. Die Danziger zum Beispiel schreien am Montagabend immer noch laut für den Streik. Da oben in Gdansk sind sie am radikalsten. Da ist das Regierungsgebäude von Demonstranten besetzt. Nur mit viel Mühe sind sie vom Streik abzuhalten.

Dienstag, 11. November — der inoffizielle Nationale Unabhängigkeitstag. Schon am Vormittag legen Mitglieder des Warschauer Unabhängigen Studentenverbandes am Grabmal des Unbekannten Soldaten Blumen nieder. Bekannt von dem Unbekannten ist nur eines: daß er im Jahre 1920 fiel — im Krieg gegen die Sowjet-Union.

Am Abend dann nach der Messe in der Johannes-Kathedrale der schon traditionelle Fackelzug. Über eine Stunde lang steht die Menge in der eisigen Kälte vor der Kirche, zieht dann langsam, gutmütig, los durch die engen Straßen der Altstadt. Die Fahnen hoch, Hymne auf den Lippen, „Maria, Königin von Polen“ — Kirche und Nation sind hier untrennbar.

Auf dem Siegesplatz sind es über 10 000 Menschen — viel mehr als je zuvor. Ordnung ist nur schwer zu schaffen. Einige Ordner tragen „Solidarität“-Plaketten; kontrolliert aber wird die Demonstration in Wahrheit von anderen, rechtsorientierten Landsleuten. Die reden offen von sowjetischen Verbrechen in Katyn. Dann singt der Redner die Nationalhymne, unmelodischer als Walesa, aber dafür mit allen Strophen.

Ein wenig verlegen blicken sich die jungen Demonstranten um, die da in ihren alten Armeeuniformen, Fackel in der Hand, strammstehen. Den Text der letzten Strophen kennen sie nicht.

Patriotismus, ein Glimmer Fanatismus in den feurigen Augen der jungen Fackelträger. In Deutschland sah das alles einst furchterregend aus. In Polen, dieser ewigen Opfer-Nation, wirkt es irgendwie hinnehmbar. Aber doch auch gefährlich. Denn noch ist Polen nicht gerettet.

Durch die Menge vor dem Gebäude des Obersten Gerichts läuft ein alter Mann und ruft, vielleicht nicht mehr ganz nüchtern: „Solidarność heute — Sowjets morgen!“ Die Menge lacht, Galgenhumor.

Die Gewerkschaftsführung aber ruft zur Arbeit, und in diesem Appell sind sich alle einig, auch Staat und Kirche, denn allein im Oktober ist die Produktivität des Landes um fünf Prozent abgesunken; schon muß Polen, ohnehin mit über 20 Milliarden Dollar verschuldet, die USA um drei Milliarden Dollar bitten.

Wird es Walesa gelingen, die Arbeiter nun auch wieder zum Arbeiten zu bewegen? Zumindest hat er ihr Vertrauen — aber bis zum „zweiten Japan“, in das er Polen verwandeln möchte, ist es noch in weiter Weg.